

Stadt Miesbach



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 25.05.2023 17:00 – 18:05 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadtrat Markus Baumgartner

Stadtrat Manfred Burger

Stadtrat Paul Fertl

Stadträtin Malin Friese

Stadtrat Alois Fuchs

Stadtrat Stefan Griesbeck

Stadträtin Astrid Güldner

Stadtrat Florian Hupfauer

(Zugang bei Top 2)

Stadträtin Inge Jooß

Stadtrat Andreas Lechner

Stadtrat Michael Lechner

Stadtrat Franz Mayer

Stadtrat Alfred Mittermaier

Stadtrat Christian Mittermaier

Stadtrat Florian Perkmann

Stadtrat Erhard Pohl

Stadtrat Andreas Reischl

Stadtrat Florian Ruml

Stadträtin Verena Schlier

Stadträtin Hedwig Schmid

Stadtrat Markus Seemüller

(Zugang bei Top 5)

Stadträtin Petra Six

Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Es fehlte entschuldigt:

Stadträtin Aline Brunner

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
- 1.1. Bekanntgabe - Genehmigung des Haushalts 2023 durch die Rechtsaufsicht
- 1.2. Bekanntgabe - Eröffnung Freibad Miesbach
2. Erneuerung der Heizungsanlage des städtischen Bauhofs;
- weiteres Vorgehen -
3. Kanalsanierungsprogramm 2022- Inlinersanierung Frauenschulstraße;
-Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Auftragsvergabe-
4. Umlegung Regenwasserkanal Habererplatz/Schlierseer Straße
-Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe-
5. Antrag des Erzbischöflichen Ordinariats München auf einen freiwilligen
Baukostenzuschuss der politischen Gemeinde für den Ersatzbau des Pfarrheimes;
Endgültige Entscheidung
6. Erlass einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung im Bereich "Am Sonnenhang"
-Abwägung, Satzungsbeschluss-
7. Unvorhergesehenes
- 7.1. Unvorhergesehenes - Freibad
- 7.2. Unvorhergesehenes - Vorplatz C&A
- 7.3. Unvorhergesehenes - Ensembleschutz
- 7.4. Unvorhergesehenes - Gehweg- und Treppenmarkierungen
- 7.5. Unvorhergesehenes - Schopfgrabenbrücke

1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Bestehen Einwände gegen die Tagesordnung? Dies ist nicht der Fall.

Die Stadträtin Aline Brunner ist für die heutige Stadtratssitzung entschuldigt. Das Stadratsmitglied Markus Seemüller kommt etwas später. Die Stadträtin Verena Schlier muss die Sitzung etwas früher verlassen.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 27.04.2023 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen am 10.05.2023 bereitgestellt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 27.04.2023 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Hupfauer, Seemüller

1.1. Bekanntgabe - Genehmigung des Haushalts 2023 durch die Rechtsaufsicht

Mit Schreiben vom 15.05.2023, bei der Stadt Miesbach am 15.05.2023 per Mail eingegangen, hat Kommunalaufsicht im Landratsamt Miesbach den Haushalt 2023 samt der geplanten Kreditaufnahmen genehmigt.

Das Genehmigungsschreiben wurde seit 16.05.2023 für alle Stadratsmitglieder im Ratsinformationssystem der Stadt Miesbach unter „Haushalt“ bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Hupfauer, Seemüller

1.2. Bekanntgabe - Eröffnung Freibad Miesbach

Am Samstag, den 27.05.2023 startet die Stadt Miesbach in die neue Badesaison 2023. Die Vorbereitungen dafür sind bereits in vollem Gange. Das Freibad Miesbach hat von Dienstag bis Sonntag von 10:00 Uhr bis 19:00 Uhr geöffnet. Am Montag bleibt das Freibad geschlossen. Lediglich am Pfingstmontag ist zu den o.g. Öffnungszeiten geöffnet.

Der Verkauf der Saisonkarten läuft seit Montag, den 22.05.2023.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Hupfauer, Seemüller

2. Erneuerung der Heizungsanlage des städtischen Bauhofs; - weiteres Vorgehen -

In der Stadtratssitzung vom 20.10.2022 wurde beschlossen, eine weitere Untersuchung der günstigsten Gasheizvariante und der beiden möglichen Biomassevarianten zu beauftragen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung konnten dem Stadtrat noch nicht vorgestellt werden. Da sich zwischenzeitlich die Möglichkeit einer Nahwärmeversorgung ergab. Ein benachbarter Betrieb plant derzeit eine Biomasseheizung und signalisierte grundsätzlich die Möglichkeit einer Mitversorgung. Die geplante Heizleistung ermöglicht jedoch nicht die Deckung der gesamten Heizleistung für den Bauhof, daher ist ein Spitzenlastkessel erforderlich.

Im Mai 2023 kam es an der bestehenden Heizungsanlage am städtischen Bauhof erneut zu einer Verpuffung, anschließend musste die Anlage außer Betrieb genommen werden. Seither laufen Anfragen an mehrere Servicebetriebe, um die Heizungsanlage reparieren zu lassen, um einen sicheren Betrieb zu gewährleisten. Der bisherige langjährige Servicepartner, welcher die Heizungsanlage in den letzten Jahren repariert und gewartet hat, sieht keine Möglichkeit, diese erneut Instand zu setzen und hat einen Wartungstermin diesbezüglichen abgelehnt. Die Mitarbeiter des Bauhofs haben derzeit keine Möglichkeit, Warmwasser zu nutzen (Händewaschen, Duschen, Abspülen etc.). Im Hinblick auf den bevorstehenden Winter und der einzuhaltenden Fristen einer Vergabe und Lieferzeiten der Bauteile muss zeitnah gehandelt werden.

Da vom möglichen Versorger mitgeteilt wurde, dass ein Spitzenlastkessel notwendig sein wird, ist die Installation eines Gasbrennwert-Spitzenlastkessels erforderlich. Die Gasbrennwert-Anlage wird ab sofort die gesamte Heizlast decken, nach Anschluss an das Nahwärmenetz wird die Biomasseheizung die Grundlast decken, die Gasbrennwert-Anlage nur die Spitzenlast. Sollte eine Versorgung des benachbarten Betriebs nicht erfolgen, kann eine Hackschnitzel- oder Pelletheizung miteingebunden werden, um zukünftig regenerative Energie zu nutzen.

Die Kostenschätzung für einen Gas-Brennwertanlage samt Kaminsanierung liegt bei ca. 70.000 € brutto. Im Haushalt sind 130.000,00 € für die Erneuerung der Heizungsanlage eingestellt

Nach Vorstellung der Maßnahmen fand im Stadtrat eine rege Diskussion statt. Der Großteil des Stadtrats bejaht die Vorgehensweise, einen Gasspitzenlastkessel zu beauftragen, um eine Versorgung des systemrelevanten Bauhofs sicherzustellen. Nach Anschluss an das Nahwärmenetz oder den Einbau einer Biomasseheizanlage nutze man in Zukunft zum Großteil einen regenerativen Energieträger und benötigt nur zu Spitzenlastzeiten Gas. Es wurden Bedenken wegen der Abhängigkeit an einen Nahwärmeversorger geäußert. Zudem wurde die Prüfung der Umstellung auf dezentrale Warmwassererzeugung vorgeschlagen.

Der 1. Bürgermeister schlug drei Schritte zur weiteren Vorgehensweise vor:

- Einbau eines Gasbrennwert-Spitzenlastkessel
- Überprüfung der Warmwasserversorgung
- Vorstellung der Kosten einer Nahwärmeversorgung im Stadtrat

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt den Einbau einer Gasbrennwert-Anlage zu und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahme. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die weiteren Planungsleistungen zu beauftragen und nach Ausschreibung, die Bauleistungen an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 17 / 6

Hinweis: ohne: Brunner, Seemüller

**3. Kanalsanierungsprogramm 2022- Inlinersanierung Frauenschulstraße;
-Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur Auftragsvergabe-**

Zwischen Mai 2021 und August 2022 sind im Zuge der Bauarbeiten zur Sanierung der Frauenschulstraße auch umfangreiche Kanalbauarbeiten zur Herstellung eines Abwassertrennsystems durchgeführt worden. Hierbei wurde ein neuer Regenwasserkanal (RWK) gebaut, um das vorhandene Mischwassersystem zu entlasten. Nach mittlerweile erfolgtem Umschluss und Auftrennung aller privaten Hausanschlüsse wird der ehemalige Mischwasserkanal (MWK) nun zu einem reinen Schmutzwasserkanal (SWK) umfunktioniert.

Hierzu muss als letzte Maßnahme beim SWK auf einer Länge von ca. 495 m eine sogenannte Inlinersanierung durchgeführt werden. Bei dieser Methode wird ein Schlauch in das Kanalsystem eingeführt, der mit Kunstharz getränkt ist. Dabei verteilt sich das Kunstharz an den Kanalwänden und härtet aus. Dadurch werden Risse und Löcher in den Rohrwänden abgedichtet.

Die Planungen zur Durchführung der Baumaßnahme sind weitgehend abgeschlossen und die benötigten baulichen Leistungen können zeitnah ausgeschrieben werden. Lediglich ein Teilbereich muss noch per Kamerabefahrung untersucht werden.

Die Kosten betragen laut der letzten Kostenschätzung vom 12.05.2023 ca. 270.000 € brutto inkl. Nebenkosten. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2023 eingestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Kanalsanierung zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Durchführung. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die benötigten Planungsleistungen und die bei den Ausschreibungen erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 23 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Seemüller

**4. Umlegung Regenwasserkanal Habererplatz/Schlierseer Straße
-Ermächtigung zur Ausschreibung und Vergabe-**

Im Rahmen einer TV- Untersuchung im Dezember 2022 wurde festgestellt, dass die Oberflächenentwässerungsanlagen im Bereich Habererplatz und ehemaligen AOK- Parkplatz zum Teil große Schäden aufweisen und saniert werden müssen. Zusätzlich befindet sich im nördlichsten Teil des Habererplatzes ein Regenwasserkanal (RWK), der derzeit über ein Privatgrundstück verläuft. Dieser RWK muss entweder umgelegt oder anderweitig aufgelassen werden. Andere RWK's sind teilweise noch auf den alten Kanälen des ehemaligen Brauereigeländes angeschlossen.

Zur Umlegung bzw. Umbau der Oberflächenentwässerung kommen nach derzeitigem Stand folgende 2 Varianten in Frage:

Variante 1 Umlegung zur Schlierseer Straße

Hierzu wird der vorhandene, städtische RWK vor dem Privatgrundstück abgetrennt und durch die Zufahrt zum Habererplatz an den RWK in der Schlierseer Straße angeschlossen. Hierzu muss im Tiefbauverfahren ca. 40 m Kanal neu verlegt werden. Zusätzlich müssen mehrere Sinkkästen und Sickerschächte erneuert werden.

Variante 2 Umlegung zur Schlierseer Straße

Bei dieser Variante soll die derzeit bestehende Ableitung über das Privatgrundstück künftig aufgelassen und das Oberflächenwasser des Habererplatzes nach Möglichkeit versickert werden. Hierzu werden mehrere Sickerschächte gebaut, an denen die vorhandenen Sinkkästen und RWK's angeschlossen werden. Somit entfällt der Anschluss an den RWK in der Schlierseer Straße.

Welche Variante final zur Ausführung kommt, kann derzeit noch nicht festgelegt werden. Hierzu sind noch abschließende Baugrunduntersuchungen erforderlich, um die Sickerfähigkeit des Untergrunds zu prüfen. Ergebnisse werden ca. Anfang Juni 2023 vorliegen.

Nach Vorlage der Untersuchungsergebnisse kann zeitnah, voraussichtlich ab Mitte Juni 2023, ausgeschrieben werden. Die bauliche Ausführung ist zwischen Juli und September geplant. Die Bauzeit wird ca. 4 Wochen betragen.

Die Kostenschätzungen zu beiden Varianten liegen jeweils bei ca. 100.000 € brutto inkl. Nebenkosten. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2023 eingestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Maßnahme zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung und Durchführung. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die weiteren benötigten Planungsleistungen sowie die bei den Ausschreibungen erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 23 / 0

Hinweis: ohne: Brunner, Seemüller

5. Antrag des Erzbischöflichen Ordinariats München auf einen freiwilligen Baukostenzuschuss der politischen Gemeinde für den Ersatzbau des Pfarrheimes; Endgültige Entscheidung

In der Sitzung vom 30.03.2023 hat der Stadtrat den Zuschussantrag des Erzbischöflichen Ordinariats auf einen freiwilligen Baukostenzuschuss für den Ersatzbau des Katholischen Pfarrheimes behandelt und beschlossen, dass dieser Antrag in eine der nächsten Sitzungen verschoben wird.

Grundsätzlich war sich der Stadtrat einig, dass die Miesbacher Kirchengemeinden gleichbehandelt werden müssen. Der Zuschuss sollte aber für ein Projekt der Katholischen Kirche in Miesbach erfolgen.

Aufgrund der Haushaltssituation soll aber zuerst die Haushaltsgenehmigung abgewartet werden.

Als Zuschusshöhe wird seitens der Verwaltung der Betrag in Höhe von 10.000 € vorgeschlagen. Diese Summe wurde auch der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde für die Sanierung und Erweiterung des Gemeindehauses gewährt.

Dieser Betrag ist auch im Haushalt 2023 eingestellt.

In einer kurzen Diskussion war sich der Stadtrat überwiegend einig, dass der Zuschuss für die Miesbacher Kirchenstiftung gewährt werden soll. Stadtratsmitglied Florian Hupfauer stellte einen alternativen Beschlussvorschlag 3 zur Abstimmung vor, welcher den Beschlussvorschlag 2 um den Zusatz der zweckgebundenen Mittelverwendung für den Bewegungsraum enthält.

Aufgrund der Zustimmung des Stadtrates zu dem Alternativen Beschlussvorschlag 2 ist die Abstimmung hierzu jedoch entfallen.

Beschluss 1:

Der Stadtrat stimmt dem Zuschussantrag des Erzbischöflichen Ordinariats mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 10.000 € zu.

Abstimmungsergebnis: 1 / 23 (abgelehnt)

Hinweis: ohne: Brunner

Beschluss 2:

Der Stadtrat begrüßt die Nutzung des neuen Katholischen Pfarrheimes, das allen Bürgerinnen und Bürgern offen steht und beschließt, dass die Katholische Kirchenstiftung Miesbach einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 10.000 € für das neue Pfarrheim erhält.

Abstimmungsergebnis: 22 / 2

Hinweis: ohne: Brunner

**6. Erlass einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung im Bereich "Am Sonnenhang"
-Abwägung, Satzungsbeschluss-**

Die Eigentümer des Anwesens Am Sonnenhang 2a (Doppelhaushälfte, 6,76 m x 10,42 m, WH: 5,66 m, SD, 22°) hatten mit Bauantrag, eingegangen bei der Stadt am 01.10.2021, die profilgleiche Erweiterung der Doppelhaushälfte in Richtung Süd-Osten um 5,15 m beantragt. Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des einfachen Bebauungsplanes Nr. 19 „Bergham“, dessen Rechtsverbindlichkeit fragwürdig ist und der keine Festsetzungen in diesem Bereich vorsieht und damit planungsrechtlich im unbeplanten Innenbereich gem. § 34 BauGB. Die Stadt hatte der Erweiterung zugestimmt.

Die geplante Erweiterung war vom Landratsamt abgelehnt worden mit dem Hinweis, das Vorhaben überschreite die faktische Baugrenze für Hauptgebäude und erstrecke sich in den sog. „bauakzessorischen Bereich“, in dem nur Nebenanlagen zulässig seien.

Um dem Vorhaben einer einheimischen jungen Familie dennoch zum Erfolg zu verhelfen, hatte der Bau- und Umweltausschuss am 07.07.2022 dem Stadtrat den Erlass einer sog. Ergänzungssatzung i.S.d. § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB empfohlen. Dadurch wird eindeutig festgelegt, dass die Bereiche der betreffenden Grundstücke Fl.Nrn.: 170/2, 170/3 1071/4 und 170/9; Gemarkung Parsberg, die jenseits der Hinterkante der Hauptgebäude liegen, dem planungsrechtlichen Innbereich zugeordnet werden. Durch die zusätzliche Festlegung einer Baugrenze für Hauptgebäude im Mindestabstand von 3,00 m zur südöstlichen Grundstücksgrenze wird die Situierung der Hauptgebäude definiert.

Die Verwaltung hat bereits die Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt (Zeitraum 20.10.2022 bis 22.11.2022), es kam eine Anregung vom Landratsamt, darauf zu achten, dass profilgleiche Anbauten entstehen. Die Anregung wurde in die Satzung aufgenommen.

Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sind im Anhang zusammengestellt und liegen jedem Stadtratsmitglied schriftlich im Wortlaut zur Sitzung vor.

Aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kam mit Schreiben vom 28.10.2022 eine umfangreiche, ablehnende Stellungnahme des Eigentümers der benachbarten Doppelhaushälfte. Als Begründung werden folgende Aspekte angeführt (auch diese Stellungnahme liegt allen Stadtratsmitgliedern im Wortlaut vor):

- Hochwassersituation Bergham
- Hangwasser
- Haus wird zu groß
- Zusätzliche Versiegelung
- Probleme bzgl. gemeinsamer Leitungsführungen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Mit der Satzung ist beabsichtigt, die planungsrechtliche Grundlage für die Erweiterung der Bebauung auf den Grundstücken Flurnr. 170/2, 170/3 und 170/4 Gem. Parsberg zu schaffen. Die Rechtsverbindlichkeit des bestehenden Bebauungsplanes wurde für fragwürdig erklärt, da im Aufstellungsverfahren offensichtlich Fehler unterlaufen sind. Außerdem enthält dieser Bebauungsplan für besagte Grundstücke keine Festsetzungen und kann deshalb nicht qualifizierte Planungsgrundlage sein.

Für die tatsächliche Bebauung ist in der Folge ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen.

Die Aussage, wonach die Nachbarn einer Bebauung auf dem Grundstück Flurnr. 170/2 Gem. Parsberg zugestimmt hätten, mag zunächst nicht korrekt sein, hat aber weder auf die Richtigkeit des Satzungsentwurfs, noch auf das weitere Verfahren irgendeinen Einfluss, da Einwendungen vorgetragen und dokumentiert wurden.

Es wird darauf hinweisen, dass zum Satzungsentwurf weder von beteiligten Behörden, noch anderen Nachbarn irgendwelche Einwendungen erhoben wurden.

Insbesondere das Landratsamt hat keine Gründe genannt, die gegen die Bebauung grundsätzlich sprechen, sondern lediglich dargelegt, dass aus deren Sicht eine Genehmigungsfähigkeit eines Erweiterungsbaus derzeit nicht gegeben ist, da das Vorhaben in den bauakzessorischen Bereich hinausragt, der derzeit lediglich mit Nebengebäuden, nicht aber mit Hauptgebäuden bebaut werden kann. Gleichzeitig hat das Landratsamt aber darauf hingewiesen und angeregt, dass die Stadt über eine entsprechende Satzung die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen könnte.

Der Hinweis, dass die Grundstücke im Rückstaubereich des Überschwemmungsgebiets in Bergham liegen, ist nicht korrekt. Selbst bei einem sog. HQ 100 (Bemessungshochwasser, das statistisch alle 100 Jahre eintritt), sind die Grundstücke nicht von Hochwasser betroffen! Hierzu gibt es umfangreiche Untersuchungen des Ingenieurbüros SKI, mit dem die Situation des Grundstücks des Einwendungsführers ausgiebig besprochen wurde. Richtig ist natürlich, dass es Probleme mit dem Hangwasser gibt, welches das Grundstück durchnässt und im Extremfall den Keller gefährdet. Dies hat wohl auch mit einer bestehenden Ringdrainage zu tun. Diese Situation wird aber durch eine weitere Bebauung in keinsten Weise verschärft, sondern eher tendenziell verbessert, da die geplante Bodenplatte des Erweiterungsbaus tiefer als der Bestandskeller liegt, die Drainage entsprechend angepasst und ertüchtigt werden müsste und durch einen vernünftigen Sickerschacht ergänzt werden müsste. Diese Fragen sind im Rahmen der Baugenehmigung und des dazu erforderlichen Entwässerungsplanes zu regeln und haben mit der beabsichtigten Satzung, die lediglich den planungsrechtlichen Innenbereich definiert, nichts zu tun.

Die zusätzliche Versiegelung, die selbstverständlich mit einem Erweiterungsbau einhergeht, ist ebenfalls nicht geeignet, die Hangwasserproblematik zu verschärfen. Zum einen erhöht sich die auf das Grundstück fallende Niederschlagsmenge logischer Weise nicht, zum anderen ist das Oberflächenwasser durch eine geordnete und geprüfte Versickerungsanlage zu beseitigen.

Das Ingenieurbüro SKI hat bestätigt, dass die zusätzliche Versiegelung selbst im Falle von Starkregenereignissen nicht zu einer Verschärfung der Situation beitragen kann.

Dass die Ver- und Entsorgungsleitungen gegenwärtig durch die Haushälfte des Einwendungsführers gelegt sind, dass es evtl. Regelungsbedarf bzgl. des Zugangs, der Stellplätze oder des Hofraumes gibt, mag sein, ist aber privat intern zu klären und für den Satzungserlaß nicht relevant.

Die Bedenken bzgl. der Größe des Gebäudes nach der Erweiterung sind nicht ganz nachvollziehbar und vor allem nicht nachbarrelevant. Ein Gebäude muss sich bzgl. Art und Maß der Nutzung in die Eigenart der Umgebung einfügen. In der Umgebung sind vergleichbare Baukörper vorhanden. Das Kriterium des Einfügens ist ein städtebauliches und hat keine nachbarschützende Funktion.

Auch eine Aufstockung muss sich in die Eigenart der Umgebung einfügen und ist zudem bei einem Doppelhaus separat für nur eine Haushälfte nicht möglich. Gleiches gilt auch für die Aufstockung einer Garage, wobei hier noch das Problem hinzukommt, dass bei Wohnnutzungen auf Garagen dann Abstandsflächen einzuhalten wären, was bei den bestehenden Grenzgaragen nicht möglich ist.

Die erhobenen Einwendungen können eine relevante Berührung schutzwürdiger Belange nicht begründen und sind daher nicht geeignet darzulegen, wie nachbarschaftliche Interessen bzw. Belange durch den beabsichtigten Satzungserlass beeinträchtigt sein könnten.

Der Bau- und Umweltausschuss hat sich am 11.05.2023 mit der in der Öffentlichkeitsbeteiligung zum geplanten Erlass einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung aufgekommenen Nachbarschaftsproblematik intensiv beschäftigt und dem Stadtrat den Erlass der Satzung einstimmig empfohlen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die von der Verwaltung formulierte Abwägung bzgl. der in der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahme und fasst den Satzungsbeschluss für die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung „Am Sonnenhang“. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung nach deren Ausfertigung bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

7. Unvorhergesehenes

7.1. Unvorhergesehenes - Freibad

Stadtrat Pohl erwähnt lobend, dass die Heizung im Freibad repariert und das Freibad so hergerichtet werden konnte, dass die Badesaison kommenden Samstag eröffnet werden kann.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

7.2. Unvorhergesehenes - Vorplatz C&A

Stadtrat Pohl bedankt sich beim Bauhof für die Pflanzung der Bäume und der Herstellung der Sitzgelegenheit auf dem Vorplatz des C&A.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

7.3. Unvorhergesehenes - Ensembleschutz

Stadtrat Lechner merkt an, dass zurzeit Haussanierungsarbeiten an einem Gebäude am Lebzelterberg stattfinden. Bei früheren Arbeiten an dem Haus im Ensembleschutz wurde die Untersicht des Dachüberstands nicht mehr wie ursprünglich farblich ausgestaltet. Stadtrat Lechner bittet dem Eigentümer hierzu einen Hinweis zu geben, dass dies nachholt wird.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

7.4. Unvorhergesehenes - Gehweg- und Treppenmarkierungen

Stadträtin Jooß bittet die Gehwegmarkierungen am unteren Markt, sowie die Treppenmarkierungen am Lebzelterberg, zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

7.5. Unvorhergesehenes - Schopfgrabenbrücke

Stadtrat Hupfauer merkt an, dass er von einigen Bewohnern im Schopfgraben angesprochen wurde, ob die voraussichtliche Bauzeit der Schopfgrabenbrücke gehalten werden kann.

Der 1. Bürgermeister antwortet, dass keine Informationen vorliegen, dass die Bauzeit nicht gehalten werden kann. Wenn dahingehende Informationen bekannt würden, werde die Stadt Miesbach die Anwohner sofort informieren.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Brunner

Ende der Sitzung

gez. Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister

